POLITIK

Reden des Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine

Parteitag
14.–17. November 1995
Mannheim

SPD

C 96 - 00072

Inhaltsverzeichnis

Seite

Bericht der Antragskommission 3

Schlußrede 10

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Oskar Lafontaine: Bericht der Antragskommission Mittwoch, den 15. November 1995

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Antragskommission hat sich mit vielen Schwerpunktthemen beschäftigt. Ich werde zu drei Themen Stellung nehmen: einmal zur Wirtschaftspolitik und der Möglichkeit, mehr Beschäftigung zu schaffen. Zum zweiten zu dem Punkt: Wir deutschen Sozialdemokraten stehen zur europäischen Währungsunion und zu ihrer Bedeutung für Wirtschaft und Beschäftigung. Und zum dritten zur Außenpolitik und zu den Streitfragen, die wir in den letzten Wochen und Monaten diskutiert haben.

Wir haben bei den Sachaussagen wieder klare Vorschläge gemacht. Da wir viel darüber diskutiert haben, warum wir einige Schwierigkeiten haben, möchte ich eine Mahnung aufgreifen und sie um eine weitere ergänzen. Die richtige Mahnung des Parteivorsitzenden ist, daß wir das persönliche Miteinander so handhaben müssen, daß man das, was man einander nicht ins Gesicht sagen kann, auch nicht im Hintergrundgespräch Journalistinnen und Journalisten anvertrauen sollte.

Die zweite Regel, die wir beherzigen müssen, hat etwas mit unseren Anträgen und mit unseren Entscheidungen zu tun. Wenn wir hier lange debattiert haben und wenn wir klare Entscheidungen getroffen haben, dann ist es kein guter Stil, wenn diejenigen, die bei den Entscheidungen unterlegen sind, in Hintergrundgesprächen oder öffentlich die Mehrheit als nicht regierungsfähig diskreditieren. Das müssen wir uns genauso abschminken.

Wir suchen bei diesen wichtigen Themen die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft. Wir freuen uns, daß andere hier mitdiskutieren, die nicht unsere Auffassung haben. So freue ich mich, daß der Präsident des Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl, heute hier zu Gast ist und mit uns diskutieren wird.

Herr Präsident Stihl, wir teilen nicht immer Ihre Auffassung, aber wir werden uns immer dafür einsetzen, daß sie Ihre Auffassung sagen können, und wir werden Sie immer bitten, Ihre Auffassung mit uns zu diskutieren.

Es geht nämlich um den Wettbewerb in der Wirtschaftspolitik. Sosehr die Verbände die Regierung kritisiert haben, so sehr haben sie doch vor der Bundestagswahl für diese Regierung geworben. Deshalb ist es eine gute Gelegenheit, hier die Alternativen unserer Wirtschaftspolitik noch einmal darzustellen. Wir glauben nämlich, liebe Genossinnen und Genossen, daß die Verbände bei ihren Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik einzelne Faktoren zu stark gewichten und daß sie andere genauso wichtige Faktoren zuwenig gewichten. Es ist richtig, daß wir über Kosten diskutieren müssen, es ist richtig, daß wir über Steuern diskutieren müssen, es ist richtig, daß wir über Umweltstandards diskutieren müssen. Aber wenn wir über diesen Diskussionen vergessen, darüber zu diskutieren, daß wir beispielsweise auch Nachfrage brauchen, wenn wir vergessen, daß auch andere europäische Nationen die Arbeitslosigkeit bekämpfen müssen, und wenn wir vergessen, darüber zu diskutieren, daß insgesamt die gesamtwirtschaftlichen Faktoren auch über Wachstum und Beschäftigung entscheiden, dann kommen wir zu völlig falschen Theorien und völlig miserablen Ergebnissen.

Deshalb hat unser Wirtschaftspapier an einer Stelle einen anderen Akzent als die offiziellen Stellungnahmen der Unternehmensverbände. Es geht um die Standortdebatte. Die Standortdebatte in diesem Land führen wir seit 20 Jahren oder noch länger, ja, wir werden sie in Zukunft immer wieder führen müssen. Aber wir dürfen die Standortdebatte nicht losgelöst von der Lage beispielsweise in anderen europäischen Ländern führen. Deshalb wird in unserem Papier darauf hingewiesen, daß wir Deutschen unabhängig von nicht zu leugnenden Problemen nach wie vor mit großem Abstand Exportweltmeister pro Kopf sind.

Es wird in unserem Papier darauf hingewiesen, daß wir in diesem Jahr einen Handelsbilanzüberschuß von 100 Milliarden DM erwirtschaften. Ökonomisch heißt das: Wir importieren Arbeitsplätze. Da ist es nicht sinnvoll, immer nur von der Schlechtigkeit des Standorts Deutschland zu reden. Das versteht in den anderen europäischen Staaten kein Mensch mehr.

Wir haben sowohl mit den Staaten Osteuropas wie auch mit den vielbeschworenen asiatischen „Tigern" eine ausgeglichene Handelsbilanz. Sie ist sogar leicht positiv. Was den Anteil am Welthandel im Vergleich mit den ostasiatischen Staaten angeht, steigt unser Anteil. Das ist kein Ausweis mangelnder Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage an dieser Stelle, daß die

C 96 - 00072

Standortdebatte in Deutschland natürlich auch eine Interessendebatte ist.

Es kann der deutschen Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, daß die Standortdebatte in den letzten Jahren auch zu einer beträchtlichen Umverteilung und zu einem dramatischen Absinken der Lohnquote in unserem Land und zu einem deutlichen Anstieg der Gewinnquote geführt hat.

Es ist richtig, daß wir über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft diskutieren müssen. Ich wiederhole es: Die Tatsache, daß wir mit großem Abstand Exportweltmeister pro Kopf sind, und die Tatsache, daß wir große Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaften, ist kein Beweis, daß dieser Standort schlecht ist. Wenn wir aber ein gutes wirtschaftliches Ergebnis haben, dann ist es Aufgabe der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften, für die gerechte Verteilung dieses gemeinsam erwirtschafteten Ergebnisses einzutreten, sonst geben wir uns selbst auf, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich sage noch einmal: Ständig über die Wettbewerbsfähigkeit der Einzelbetriebe zu diskutieren ist eine Selbstverständlichkeit. Daß wir immer im Kostenwettbewerb mit anderen stehen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn man aber diese Debatte verabsolutiert, kommt man zu falschen Schlußfolgerungen. Angesichts der sinkenden Realeinkommen der Arbeitnehmerschaft erinnere ich an die Weisheit des alten Henry Ford, die auch auf sozialdemokratischen Tagungen und auf Gewerkschaftstagungen nicht vergessen werden darf.

Diese Weisheit heißt: Autos kaufen keine Autos. Das heißt: Nur Arbeitnehmer mit einem soliden Einkommen sind in der Lage, die Binnennachfrage so zu stabilisieren, daß die Gesamtwirtschaft nicht wegbricht.

Neben dem Kostenwettbewerb ist der zweite wichtige ökonomische Ansatz die Entwicklung neuer Produkte und neuer Herstellungsverfahren. Auch hier gibt es Differenzen. Wer die Standortdebatte nur auf den Kostenwettbewerb, den Steuersenkungswettlauf und das Senken von Umweltstandards reduziert, handelt falsch.

Den Aufstieg Deutschlands zur führenden Industrienation der Welt verdanken wir nicht in erster Linie Buchhaltern und Rechtsgelehrten, sondern Ingenieuren und Erfindern, die neue Produkte und neue Verfahren entwickelt haben.

Auf diesen Ansatz müssen wir unsere Politik konzentrieren. Deshalb ist es ein gravierender Fehler der Bundesregierung, daß sie die Forschungspolitik in den letzten Jahren so sehr schleifen ließ. Es ist von vielen bei vielen Debatten darauf hingewiesen worden: Ein Land, das nicht in großem Umfang auf natürliche Ressourcen zurückgreifen kann, wie unser Land, muß versuchen, seine Position über immaterielle Ressourcen zu finden – über gute Bildung und Ausbildung, über gute Universitäten, aber insbesondere über eine Forschung, die Weltspitze ist. Deshalb ist es wichtig, daß wir Sozialdemokraten in das Zentrum unserer Wirtschaftspolitik nicht den Kostensenkungswettlauf, sondern die Entwicklung neuer Produkte und neuer Verfahren stellen und daß wir sagen: Forschung und Entwicklung sind der Ansatz, um die Industrienation Deutschland auf dem Platz zu halten, auf dem sie ist.

Daß die Bundesregierung hier schwere Fehler gemacht hat, ist immer wieder angesprochen worden. Daß wir hiermit auch ein großes Projekt verbinden können, will ich auch ansprechen. Es wird so viel gefragt: Welche sind denn eure Visionen? Wir bleiben dabei, daß eine entscheidende Vision unserer Industriepolitik – dieses Wort benutze ich – ist, die Brücke in das Solarzeitalter zu bauen. Das ist kein Plädoyer gegen die Technik; das ist vielmehr ein Plädoyer für eine hochmoderne, umweltgerechte Technik, die jetzt im Begriff ist, aus unserem Lande nach Amerika abzuwandern – eine Fehlentwicklung in Deutschland.

Wir respektieren ja diejenigen – auch wenn wir ihre Auffassungen nicht teilen –, die glauben, Modernität bestehe darin, eine neue Reaktorlinie zu entwickeln. Wir sind der Auffassung, daß es viel sinnvoller wäre, die 30 Milliarden DM, die bisher in die Forschung für die Kernenergie gesteckt worden sind – nur 1 Milliarde DM ist in die Sonnenenergieforschung gesteckt worden –, in die Förderung der Sonnenenergie zu stecken und das Zahlenverhältnis umzukehren. Die Photovoltaik ist das Produkt, das wir weltweit zum führenden Exportartikel unserer Industrienation machen wollen.

Zur Kostensenkung sagen wir ja; das ist gar keine Frage. Aber wer diesen Standpunkt verabsolutiert, schwächt die Binnennachfrage und handelt ökonomisch unvernünftig. Wir sagen zur Produktentwicklung ja. Dort haben wir die Chance, unsere Spitzenposition zu behaupten. Ich wiederhole: Es waren Erfinder und Ingenieure, die die Spitzenposition unseres Landes in der Weltwirtschaft begründet haben.

Ich komme jetzt zu einem dritten Punkt, bei dem ein erheblicher Dissens besteht. Ich meine die Arbeitszeitpolitik. Es gibt einen Dissens zur Bundesregierung und einen zu den Industrieverbänden. Solange die Pro-Kopf-Produktivität schneller wächst als die gesamtwirtschaftliche Produktion, solange also diejenigen, die produzieren, pro Kopf immer schneller mehr produzieren, als die gesamtwirtschaftliche Leistung wächst, so lange können wir noch so viel von anderen Daten reden; es ergibt sich daraus ein zwingendes Verteilungsproblem. Es ist völlig unverständlich, wenn man eine solche Entwicklung – das hat die Bundesregierung getan, das haben die Industrieverbände lange Zeit getan –, die nach Adam Riese eine immer größer werdende Zahl von Menschen vom Arbeitsleben ausschließt, durch längere Arbeitszeiten in den Griff zu bekommen versucht. Ich greife ein Kanzlerwort auf: Diese Forderung war und ist dumm, töricht und absurd.

Daher dürfen wir das Projekt der Arbeitszeitverkürzung nicht aufgeben. Wir haben gesagt – ich wiederhole das; wer zu einem anderen Rechenergebnis kommt, soll das vortragen –: Unabhängig von der bejahten Vergrößerung des Kuchens und unabhängig von der Tatsache, daß wir natürlich für umweltgerechtes Wachstum eintreten: Wenn die Pro-Kopf-Leistung immer schneller wächst, haben wir bei nüchterner Betrachtung ein Problem. Deshalb bedeutet es jetzt eine Wende, daß auch die Bundesregierung und einzelne Verbände erkannt haben, daß wir Teilzeitarbeitsplätze haben müssen. Wir brauchen also Arbeitszeitverkürzung. Ich sage an unsere politischen Wettbewerber gerichtet: Wie ihr das nennt, ist uns völlig gleichgültig. Wenn ihr schon einmal begriffen habt, daß Arbeitszeitverkürzung eine denkbare Lösung ist, dann ist das ein Fortschritt und ein Erfolg unserer Debattenbeiträge in den letzten Jahren, wobei ich diese Blume gerne an die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaften, insbesondere der IG Metall, weiterreiche, die große Kämpfe ausgetragen haben, um diesem Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich sage aber dazu – das ist eine große Herausforderung für die SPD –: Wenn man die Arbeitszeitverkürzung den Konservativen überläßt, dann resultieren daraus schlecht bezahlte Arbeitsplätze für Frauen ohne Sozialversicherungspflicht. Das ist eine Arbeitszeitverteilung, die wir niemals wollen dürfen.

Deshalb nützen auch pauschale Betrachtungen über Beschäftigungszahlen, wie sie landauf, landab vorgetragen werden, gar nichts. Es ist richtig, daß in den besseren Jahren, in den 80er Jahren, die Zahl der Beschäftigten leicht angestiegen ist, sogar um ein bis zwei Millionen, je nachdem, welches Jahr man nimmt. Die Bundesregierung hat recht gehabt, wenn sie auf diese Zahl hingewiesen hat. Aber sie hat eine falsche Information weitergegeben; denn wenn es sich um 4,5 Millionen Arbeitsverhältnisse ohne Sozialversicherung handelt, dann ist das eine Fehlentwicklung unserer Gesellschaft, eine gewaltige Fehlentwicklung, die für uns ein Thema sein muß.

Ich weiß nicht, wie man die Debatte um die ständig steigenden, gesetzlich veranlaßten Lohnnebenkosten in den Griff bekommen will, wenn man immer mehr Menschen, Millionen Menschen, durch eine verfehlte Politik aus der Sozialversicherungspflicht entläßt. Wie soll denn das aufgehen?

Deshalb halten wir daran fest – das ist unsere gemeinsame Position –: So richtig es ist, daß wir auf umweltgerechtes Wachstum achten müssen, so richtig ist es ebenfalls, daß wir bei der Arbeitszeitpolitik die Gewerkschaften in ihrem wichtigen Kampf für unsere Gesellschaft unterstützen müssen. Er besagt, daß man über Arbeitszeitverkürzung – wir denken dabei an viele Formen – dazu beitragen kann, daß Demokratie in unserem Lande möglich wird; denn Demokratie heißt: Teilhabe am gesellschaftlichen, am sozialen Leben, heißt Zugang zum Erwerbsleben für Millionen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, die ausgegrenzt sind. Das ist unser gesellschaftliches Projekt.

Wenn schon dieser Sachverhalt von der Bundesregierung und von Kräften, die in ähnlicher Richtung argumentieren, nicht hinreichend beachtet worden ist, dann – das behaupte ich hier – hat der Satz „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt" in eklatanter Weise gezeigt, daß diese Bundesregierung in den letzten Jahren, ja, im letzten Jahrzehnt, die Bedeutung makroökonomischer Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung, für Wachstum und Beschäftigung nicht erkannt und ignoriert hat.

Was meine ich damit? Wirtschaft findet nicht in der Wirtschaft statt, sondern Wirtschaft findet heute bei bestimmten Wechselkursen, bei bestimmten Zinsen und bei bestimmter Lohnhöhe statt. Nur wer das Zusammenwirken dieser drei Faktoren erkennt – ich rufe die Partei auf, sich diesen Ansatz zu eigen zu machen und ihn noch stärker in die praktische Politik einzubringen –, wird zu mehr Beschäftigung beitragen können. Das ist unser aller Ziel.

Ich beginne mit einem bei uns nicht immer populären Aspekt. Die Löhne kann man nicht an die Preissteigerungsraten koppeln. Das ist ökonomisch nicht vertretbar. Das ist die einzige kritische Anmerkung, die ich zu dem Vorschlag der IG Metall zu machen hätte, weil daraus falsche Schlüsse gezogen werden könnten. Die Löhne müssen bei der Entwicklung

der ökonomischen Rahmendaten, so wie ich sie genannt habe, der Produktivität folgen.

Wenn auf Grund einer fehlgeleiteten Standortdebatte beispielsweise lange Zeit eine Abkopplung von der Produktivität stattgefunden hat – in welche Richtung auch immer –, dann muß man auf der einen Seite darauf hinwirken, daß der Produktivitätsfortschritt ausgeschöpft wird – das ist nicht immer geschehen; sonst reagiert der Wechselkurs; es wird alles abkassiert, was man glaubte, an hervorragenden Vorteilen zu erreichen –, oder man muß auf der anderen Seite vermeiden, daß Tarifverträge über die Produktivität hinaus abgeschlossen werden, weil dann die Bundesbank überreagiert und zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beiträgt.

Es bleibt bei den makroökonomischen Faktoren und den Rahmendaten der Weltwirtschaft also keine andere Wahl, als darauf hinzuwirken, daß Wechselkurse, Zinshöhe und Lohnhöhe miteinander abgestimmt und ins Gleichgewicht gebracht werden. Das gilt nicht nur für den nationalen Rahmen der Bundesrepublik Deutschland, sondern das gilt für Gesamteuropa. Im Grunde genommen gilt es für den Wirtschaftsraum Amerika-Europa-Japan. Hier liegen die ungelösten Probleme, die eine nur auf mikroökonomische Faktoren zielende Regierung im letzten Jahrzehnt sträflich vernachlässigt hat.

Aus Zeitgründen kann ich nur wenige einzelne Punkte ansprechen. Zunächst komme ich zu einer Entwicklung, die uns nicht gleichgültig sein kann, die wir in unserer Arbeit weiter vertiefen und deren Problemlösung wir angehen müssen. Das ist die Entwicklung der Ausbildungsplätze in unserer Gesellschaft. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist in erster Linie ein Problem Ostdeutschlands. Die Zahlen sind wie folgt: Im August dieses Jahres gab es 104 000 Ausbildungsplätze und 187 000 Bewerber. Das steht in der Broschüre, die euch zugestellt worden ist; dort sind diese Zahlen nachzulesen. Das kann uns nicht gleichgültig sein.

Was sollen die jungen Menschen in Ostdeutschland denken, die teilweise noch in einem System großgeworden sind, das ganz andere soziale und gesellschaftliche Mechanismen herausgebildet hat, wenn sie jetzt in der Freiheit, in der Demokratie am Anfang ihres Erwerbslebens keinen Ausbildungsplatz finden? Das ist nun wirklich eine Herausforderung an die Gesellschaft, an Sozialdemokraten und Gewerkschaften.

Deshalb muß eine Fehlentwicklung in unserem Lande angesprochen werden, die heißt: Es kann nicht so sein, daß sich die Großwirtschaft aus Kostenüberlegungen weitgehend aus der Ausbildung verabschiedet und die Ausbildung dem Handwerk und den kleinen und mittleren Betrieben überläßt. Das ist eine schlechte Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft.

Darum hat die Kommission diesem Thema in mehreren Sitzungen Aufmerksamkeit gewidmet und schlägt als Alternative zu der berühmten Abgabe folgendes vor: Wir fordern daher erstens einen gesetzlich verankerten finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden Betrieben und nichtausbildenden Betrieben. Das läßt die konkrete Ausgestaltung noch offen.

Zweitens: Kammerumlagen und Einzahlungen in Branchenfonds zum Zwecke der Berufsbildung auf Grund tarifvertraglicher Vereinbarungen werden unter Abzug von Zahlungen, die der Betrieb hieraus erhalten hat, den betrieblichen Aufwendungen gleichgesetzt. Damit soll ein Anreiz zur Ausweitung von Kammerumlagen und Branchenfonds geleistet werden. Es gibt in einzelnen Branchen der Wirtschaft bereits funktionierende Fonds, um dem Mißverhältnis abzuhelfen. Wir sollten solche Modelle durchaus unterstützen und fördern.

Drittens: Für Betriebe, die über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, sind über die vorhandenen Anreize hinaus steuerliche Anreize zu schaffen. Ich will dies ansprechen, weil es ein wichtiges Thema unserer bisherigen Debatte war und weil ich den gegenwärtigen Diskussionsstand der Antragskommission dazu referieren möchte.

In Alternative zur Bundesregierung sind wir vorrangig für das Absenken der Lohnnebenkosten. Wenn jetzt die Rentenbeiträge und die Krankenversicherungsbeiträge steigen sollen, dann ist es doch wohl geboten, einmal darüber zu reden, ob wir nicht auch etwas tun können, um den ständigen Anstieg der Lohnnebenkosten – ich denke auch an die Pflegeversicherung – zu bremsen oder leicht zu senken. Dies ist deshalb besser als die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, weil davon nur 16 oder 20 Prozent der Betriebe profitieren, während von unserer Lösung alle Betriebe, auch die kleinsten, profitieren. Das ist eine Alternative, über die man doch diskutieren kann.

Im übrigen kommt dieser Vorschlag auch den Arbeitnehmern zugute.

Daß wir dabei Gegenfinanzierung vorschlagen müssen, versteht sich von selbst. Wir schlagen eine mäßige Belastung des Energieverbrauchs vor, weil alle Energie verbrauchen und an dieser Belastung teilhaben und weil wir das von Rudolf Scharping, von der Bundestagsfraktion und von vielen anderen bereits angesprochene Unrecht beseitigen müssen. Die Finanzierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern ist nicht nur Sache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern genauso der Beamten, der Selbständigen, der Minister, der Parlamentarier und der Unternehmer, soweit sie als Privatpersonen gefordert sind.

Deshalb ist die ökologische Steuerreform ein Kernprojekt unserer Reformpolitik. Deshalb war es richtig, daß wir dieses Projekt gemeinsam auf die Tagesordnung der Steuerverhandlungen mit dem Bund gesetzt haben. Wenn sich jetzt die CDU und die F.D.P. von diesem Projekt wieder verabschieden, weil sie sich in ihren eigenen Reihen nicht einigen können, dann sollten wir an diesem Kernprojekt festhalten. Wir haben damit Erfolg gehabt. Es ist unser Projekt. Ich werbe nach wie vor für dieses Projekt.

Zu den 580-DM-Jobs ist schon viel gesagt worden. Ich will in diesem Zusammenhang etwas zur sozialen Gerechtigkeit sagen. Bei der sozialen Gerechtigkeit können wir nämlich auch ein sozialdemokratisches Projekt ansprechen, das scheinbar von der anderen Seite kommen sollte, aber nicht kommt: das Projekt der Steuervereinfachung. Dieses Projekt wird für mich mehr und mehr zum Kernprojekt der sozialen Gerechtigkeit in unserem Lande, weil es wahr ist: Steuern zahlen in unserer Gesellschaft fast nur noch die Dummen.

Daß es noch immer nicht gelungen ist, ein Gesetz für eine verfassungsgemäße Zinsbesteuerung in Deutschland zu verabschieden, weiß jeder. Aber die Bundesregierung beschäftigt das nicht. Daß wir mittlerweile in Deutschland eine Einkommensentwicklung haben, die zu einem Weglaufen der Selbständigeneinkommen führt, weiß jeder, der Statistiken liest. Er braucht sich nur die Steuertabelle anzuschauen. Deshalb heißen Steuergerechtigkeit und Steuervereinfachung in unserem Lande auch soziale Gerechtigkeit.

Die gegenwärtige Entwicklung ist völlig inakzeptabel. Die Sekretärinnen, die Krankenpfleger und die Facharbeiter zahlen brav ihre Steuern, und die Bezieher höherer Einkommen haben so viele Abschreibungsobjekte, daß Millionäre stolz darauf sind und sich damit brüsten, daß sie keinen Pfennig Steuern zahlen. Wie soll da das Vertrauen in unseren Staat noch gegeben sein?

In diesem Zusammenhang fragen manche: Was habt ihr in den letzten Jahren gemacht? Wir wissen ja gar nicht mehr, wofür ihr steht. Ich sage hier für die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratisch geführten Länder: Wir haben das einheitliche Kindergeld durchgesetzt und die Steuerentlastung auf die unteren Einkommen konzentriert. Das war sozialdemokratische Politik nach bestem Schrot und Korn. Darauf können wir stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

Nun zur europäischen Währungsunion. Ich sagte: Beschäftigungswachstum ist heute nur noch möglich, wenn auch die makroökonomischen Rahmenbedingungen stimmen; sonst geht es nicht mehr. Die Beschäftigungswirkung beispielsweise in Japan und in den Vereinigten Staaten hat etwas damit zu tun, daß dort die Notenbanken nicht übersteuert haben. Ich kann das aus Zeitgründen nicht weiter vertiefen. Ohne eine solche Abstimmung ist das nicht möglich. Wer den Leuten etwas anderes erzählt, wer sich nur auf Kostenreduktion oder auch nur auf Verfahrensentwicklungen reduzieren würde, wer also die Rahmendaten von Zinsen, Wechselkursen und Löhnen übersieht, der geht in die Irre.

Weil wir mittlerweile ein europäischer Markt sind, wie Jacques Delors gesagt hat, brauchen wir natürlich die Einigung Europas. Ich will hier einiges klarstellen: Jeder Zungenschlag, wir würden uns von Europa verabschieden, ist falsch. Wir sind und bleiben die Europapartei Deutschlands, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben nämlich, als wir großgeworden sind, von den Anfängen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie an, nicht in erster Linie nur Nationalhymnen gesungen, nein, es gab die Internationale, und die hieß eben: Alle Menschen werden Brüder. Das ist unsere Tradition.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, geht es bei der Debatte um die europäische Währungsunion nicht um die Frage, wie wir uns von Europa abseilen können. Das mögen dann andere, denen ich, wenn sie debattieren, wirklich nicht traue – ich denke da an bayerische Größen und andere –, so sehen. Nein, wir wollen tatsächlich die europäische Einigung. Ich bleibe dabei: Es war ein Fehler, die Währungsunion nicht stärker als bisher mit der politischen Union Europas zu verbinden. Das kritisieren wir.

Jacques Delors hat hier einen Vortrag gehalten. Ich kann jeden Satz unterschreiben – ich stelle das mehr für die Öffentlichkeit fest –, jeden Satz. Er hat darauf hingewiesen, daß wir eine Wirtschaftsregierung brauchen, weil sonst die makroökonomischen Bedingungen nicht stimmen können. Wenn beispielsweise Zinsen, Wechselkurse und Löhne, wenn also die Wirtschaftspolitiken der an der Währungsunion teilnehmenden Staaten nicht

aufeinander abgestimmt sind, liebe Genossinnen und Genossen, dann dient die Währungsunion nicht der europäischen Einigung, sondern dann ist sie eher ein Rohrkrepierer für die europäische Einigung, und das dürfen wir nicht wollen.

Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftsregierung, und deshalb brauchen wir, wie Jacques Delors gesagt hat, einen Konsens in den Wirtschaftspolitiken der teilnehmenden Staaten und der wirtschaftlichen Entwicklung. Darum müssen wir gleichzeitig, um Probleme, wie sie Gerhard Schröder angesprochen hat, lösen zu können, darauf achten, daß die dann nicht teilnehmenden Staaten wieder am europäischen Währungssystem mit geringen Bandbreiten beteiligt werden, damit es, wie Jacques Delors es richtig formuliert hat, keinen Abwertungswettbewerb der Staaten geben kann, die nicht im ersten Anlauf Mitglieder der europäischen Währungsunion sein können.

Um die Problematik der ganzen Entwicklung deutlich zu machen, rate ich jetzt nicht dazu, sich die Entwicklung von Yen und Dollar anzusehen, auch wenn das notwendig wäre. Ich weise nur darauf hin, daß wir, grob gesprochen, in den letzten 20 Jahren, also seit 1972, eine Entwicklung wie folgt hatten: Die D-Mark hat sich zum Pfund um 372 Punkte verbessert, zum Franc um 217 Punkte und zur Lira um 612 Punkte. Ich wage mir nicht auszumalen, liebe Genossinnen und Genossen, was passiert wäre, wenn bei dieser ökonomischen Entwicklung die Lira beispielsweise nicht die Möglichkeit gehabt hätte, währungsmäßig zu reagieren.

Deshalb ist die richtige Gestaltung der Währungsunion ein wirtschaftliches Thema für Gesamteuropa. Die Entscheidungen müssen diesmal so getroffen werden, daß sie der Wohlfahrt aller Menschen in Europa nützen. Das ist kein nationales Thema, sondern ein europäisches Thema.

Nun komme ich noch mit ein paar Bemerkungen zur Außenpolitik. Wir haben in der Außenpolitik große Aufgaben vor uns, und diese großen Aufgaben sind nicht damit beschrieben, daß wir uns in unserer Debatte auf ein Flugzeug reduzieren. Wo kommen wir denn hin, wenn die Partei, die im Grunde genommen die Entspannungspolitik und den KSZE-Prozeß vorangetrieben hat, jetzt ihre außenpolitische Debatte auf einen Flugzeugtyp reduziert? Liebe Genossinnen und Genossen, wo kommen wir denn da hin?

Die große Aufgabe nach der deutschen Einheit ist und bleibt die europäische Einigung. Ich wiederhole den Satz: Eine vordringliche und wichtige und große Aufgabe nach der deutschen Einheit bleibt die europäische Einigung. Dabei gilt vor allen Dingen auch, daß wir unbeschadet sachlicher Differenzen – diese sind hier angesprochen worden – an der Freundschaft zu Frankreich festhalten. Sie ist konstituierend für die europäische Einigung, liebe Genossinnen und Genossen.

Die ganze Weltgesellschaft entwickelt sich hin zur Integration. Was ich für die europäische Einigung gesagt habe, gilt im Grunde genommen auch für die Staaten Osteuropas. Es war kein falscher Ansatz, daß Michail Gorbatschow alle Anstrengungen unternommen hat, um die sowjetische Föderation zusammenzuhalten. Es ist eine Fehlentwicklung, wenn, wie in Jugoslawien, Teilstaaten auf völkischer Grundlage kreiert werden. Das verträgt sich nicht mit europäischer Einigung und der Weltgesellschaft der Freien und Gleichen. Nein, das verträgt sich nicht.

Unser sozialdemokratisches Konzept, das immer Grenzen überwinden wollte und das immer von dem Modell der Aufklärung, der Weltgesellschaft der Freien ausging, muß auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit hinarbeiten. Es muß die Gleichheit, jawohl, die Gleichheit der Menschen, ihr gleiches Glück anstreben und darf niemals nach Rassen, Religionen und nach welchen Kriterien auch immer trennen. Dies ist ein schwerer konzeptioneller Fehler der Jugoslawienpolitik der Bundesregierung.

Peter Glotz hat dazu Wichtiges gesagt. Ich will nur, weil ich den Namen Gorbatschow genannt habe, sagen, warum wir nach der Entspannungspolitik Willy Brandts und nach dem KSZE-Prozeß, den Willi Brandt und Helmut Schmidt wesentlich mitgestaltet haben, in der besonderen Verpflichtung stehen, jetzt eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa unter Einschluß der osteuropäischen Staaten und unter Einschluß Rußlands zu bewerkstelligen. Das ist die große Zukunftsaufgabe, der wir uns widmen müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir haben nämlich alle eine moralische Verpflichtung dazu; das kann gar nicht oft genug gesagt werden. Wir haben eine moralische Verpflichtung dazu; denn die Freiheit der Ostdeutschen und die deutsche Einheit sind auch Ergebnis der Bemühungen der polnischen Solidarnosc, der Bürgerrechtler von Prag, des Gyula Horn, der die Grenze aufgemacht hat, und vor allen Dingen des Michail Gorbatschow, der den letzten großen außenpolitischen Entwurf in dieser Welt vorgestellt hat.

Wir müssen bei der Außenpolitik stets auch unsere eigene Geschichte dieses Jahrhunderts reflektieren. Diese eigene Geschichte verpflichtet uns, dieses größere Deutschland, dazu, nachdem wir für zwei Weltkriege verantwortlich sind, Friedensmacht in dieser Welt zu werden und mit gutem Beispiel auch anderen Nationen voranzuschreiten.

Deshalb sind diese Parolen, wie: „Wir müssen herunter von den Zuschauerbänken", eine Beleidigung vieler Frauen und Männer, die in den letzten Jahren Politik gemacht haben. Saß denn Willy Brandt auf der Zuschauerbank, saß Helmut Schmidt auf der Zuschauerbank? Haben wir nicht Verantwortung für die Welt übernommen mit unseren Vorschlägen zur Entspannungspolitik und zum KSZE-Prozeß? War das nur ein Zuschauen, liebe Genossinnen und Genossen?

Ich bin stolz darauf, daß wir an mehreren Stellen mehr Verantwortung übernehmen als andere Staaten. Wir übernehmen Verantwortung, wenn es darum geht, diese Welt von der atomaren Bedrohung zu befreien. Es ist gut, daß wir hier eine noch isolierte Position unter den großen Ländern haben. Wir wollen keine Nuklearwaffen, auch wenn andere sie haben.

Es ist gut, daß wir zum Aufbau der osteuropäischen Staaten mehr geleistet haben als andere Staaten Europas, auch zum wirtschaftlichen Aufbau in Rußland. Wir haben dazu eine Verpflichtung. Ich bin stolz darauf, daß wir im Jugoslawien-Konflikt das Land sind, das mit 450 000 Flüchtlingen, die bei uns leben, mehr getan hat als alle anderen europäischen Staaten zusammen. Das heißt Friedensmacht Deutschland.

Deshalb meine ich, daß wir gut beraten waren, an den langen Linien unserer Außenpolitik, von denen Peter Glotz gesprochen hat, festzuhalten, daß wir es uns auf der Grundlage unserer Geschichte bei den Entscheidungen nicht leichtgemacht haben, daß wir aber an der Überschrift festhalten wollen: Wir wollen Friedensmacht bleiben. Wir sind bereit, beim Aufbau und bei der Friedenssicherung zu helfen. Aber wir sind zurückhaltend, wenn es um militärische Kampfeinsätze geht. Und so soll es bleiben.

Ihr seht also, liebe Genossinnen und Genossen – ich möchte zum Schluß kommen –: Es gibt noch Politikentwürfe, für die wir uns begeistern können. Wenn wir selbst begeistert sind, können wir auch andere begeistern. In diesem Sinne: Glück auf!

Schlußrede auf dem Parteitag, 17. 11. 95
Oskar Lafontaine, Vorsitzender der SPD:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir haben sicherlich einen wichtigen Parteitag in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten. Ich glaube, daß bei all den Differenzen, die es da und dort immer geben wird, ein neues Signal von diesem Parteitag für Deutschland und für Gesamteuropa und für unsere Wählerinnen und Wähler ausgehen wird. Wir wollen eine moderne Sozialdemokratie; wir wollen eine Welt, in der alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Jawohl, wir sind eine Linkspartei, weil wir diese Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch am Arbeitsleben, mit unserem Begriff von Demokratie verbinden. So wird es auch in Zukunft bleiben.

Zunächst aber ein paar Dankesworte. Ich will an erster Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parteivorstandes danken, die in Tag- und Nachtarbeit die Durchführung dieses Parteitages erst ermöglicht haben.

Ich nenne für viele unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Horst Burghardt, der seinen 40. Parteitag als Mitarbeiter mitmacht und trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen immer für das Protokoll mit verantwortlich ist. Herzlichen Dank, stellvertretend ihm.

Ich danke natürlich auch den ausgeschiedenen Mitgliedern des Parteivorstandes, Angelika Barbe, Katrin Fuchs, Norbert Gansel, Harald Schäfer, Ditmar Staffelt, Karsten Voigt, Ruth Winkler, Christoph Zöpel. Ihm danke ich auch für seine zusammen mit anderen geleistete Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft, die die Entwicklung unserer Mitglieder untersucht hat. Sie hat den Mitgliederentwicklungsbericht vorgelegt. Wir werden diesen Bericht sorgfältig aufarbeiten; der Parteitag ließ nicht die Zeit dazu. Herzlichen Dank dir, Christoph, und denen, die daran mitgearbeitet haben.

Wir danken auch Günter Verheugen, dem ausgeschiedenen Bundesgeschäftsführer.

Es gab im Vorfeld seines Ausscheidens eine faire und sachliche Diskussion, auch zwischen mir und ihm, über die Frage, ob es sinnvoll wäre, die Aufgaben des Bundesgeschäftsführers mit den Aufgaben des Chefaußenpolitikers zu verbinden. Ich war der Auffassung, daß diese beiden Aufgaben zu umfangreich sind, um sie beide erfüllen zu können. Auch Günter hat das so gesehen. Ich trage das deshalb hier vor, um deutlich zu machen, daß es immer wieder Beispiele dafür gibt, wo in fairer Weise Auffassungensunterschiede auch über die Aufgabenverteilung in der Partei ausgetragen werden. Das sind nicht irgendwelche Intrigen oder Ranküne oder irgendwelche Kabale und Liebe, sondern das ist schlicht und einfach die Umgangsweise erwachsener Frauen und Männer untereinander.

Ich danke den Genossinnen und Genossen aus Mannheim und der Umgebung, auch aus Ludwigshafen, die bei der Organisation des Parteitages mitgeholfen haben.

Ich möchte angesichts der Dramatik, nach der dieser Parteitag verlaufen ist, meinem Vorgänger Rudolf Scharping noch einmal sehr, sehr herzlich für die Art und Weise danken, wie er in dieser schwierigen Frage Haltung gezeigt und ein Beispiel für Solidarität gegeben hat und wie wir miteinander umgehen konnten. Seine Bereitschaft, Stellvertreter zu sein und die Bundestagsfraktion weiter zu führen, ist wirklich eine große menschliche Geste. Herzlichen Dank dafür, lieber Rudolf.

Ich möchte gerade angesichts des Verlaufs dieses Parteitages und einer ganzen Reihe von Fehlinformationen und Gerüchten, die verbreitet worden sind, sehr, sehr herzlich unserem Freund Johannes Rau danken, der in den vergangenen Jahren in vorbildlicher Weise eigene Interessen zurückgestellt, immer wieder vermittelt und zusammengeführt hat, wenn es Konflikte und Differenzen gab. Herzlichen Dank, lieber Johannes.

Johannes Rau hat wie kaum ein anderer zusammen mit seinen Freundinnen und Freunden in Nordrhein-Westfalen große Erfolge für unsere Partei erzielt. Wenn manchmal da oder dort Zweifel waren, ob wir wieder in der Lage wären zu gewinnen – eine Partei will gewinnen; sie muß auch gewinnen wollen –, dann haben uns die Freundinnen und Freunde in Nordrhein-Westfalen, an der Spitze Johannes Rau, wieder aufgerichtet. Dies werden wir in der SPD niemals vergessen, liebe Genossinnen und Genossen aus Nordrhein-Westfalen und lieber Johannes.

Um klarzustellen, wie wir miteinander umgehen können: Johannes Rau hat bis zum Schluß Rudolf Scharping unterstützt, hat an seiner Kandidatur festgehalten und hat daran keinen Zweifel aufkommen lassen. Ich stelle das hier klar. Ich füge hinzu: Das sage ich ohne irgendwelche negativen Empfindungen als jemand, der sich mit Johannes Rau seit dem Attentat in Köln in besonderer Weise verbunden fühlt. Ich sehe in ihm einen Freund, auf dessen Mitarbeit ich nicht verzichten möchte. Bei allem, was in der Politik wichtig ist, zeichnet ihn eines aus: Trotz vielfältiger Beanspruchungen und Belastungen ist er ein Mensch geblieben. Ich wünschte mir, daß wir alle das eines Tages auch von uns sagen könnten. Lieber Johannes, du bist darin ein großes Vorbild für uns alle. Vielen Dank.

Bitte fallt nicht auf alle Parolen und Gerüchte herein, die auch von konservativer Seite bewußt gestreut werden, um da oder dort Differenzen zu verstärken. Ich las zu meiner großen Überraschung, Helmut Schmidt sei dem Parteitag ferngeblieben, weil nicht Rudolf Scharping, sondern ich gewählt worden bin. Ich möchte hier klarstellen: Als wir gestern früh mit Helmut Schmidt über die Frage, ob es denn richtig sei, angesichts seiner Terminverpflichtungen zu diesem Parteitag zu kommen, telefoniert haben, konnte er überhaupt nicht wissen, wer gewählt werden würde. Wir hatten vorher noch nicht einmal die entscheidenden Gespräche geführt.

Ich sage das hier bewußt, um zu zeigen, in welchem Ausmaß mit Desinformationen gearbeitet wird, um Zwietracht zu säen. Fallt auf diese Dinge nicht herein. Lest auch zwischen den Zeilen und fragt Euch, wer dahintersteht, wenn solche Parolen ausgebreitet werden.

Ein paar Bemerkungen zur Sache. Ich will besonders einen Punkt nennen. Bei den Kommentierungen ist häufig wieder gefragt worden: Wie war das im Jahre 1990? Wie war die Haltung des neuen SPD-Vorsitzenden zur deutschen Einheit? Ich will das anläßlich meiner Wahl noch einmal klarstellen, liebe Genossinnen und Genossen, und zwar in der Argumentation für jeden verständlich klarstellen.

Mein Bekenntnis zur deutschen Sozialdemokratie hat viele Gründe, auch daß ich ein Anhänger der Philosophie der Aufklärung, der Idee der Weltgesellschaft der Freien und Gleichen bin. Daher werde ich immer für integrierende Politikansätze sein. Ich habe dies bei der europäischen Einigung darzulegen versucht. Ich habe dies angesichts des großen Politikentwurfes des Michail Gorbatschow dargelegt, der die Sowjetische Föderation zusammenzuhalten versucht hat. Ich habe das im Jugoslawien-Konflikt dargelegt.

Vor diesem Hintergrund, daß ich an Politikansätzen hänge, ja geradezu leidenschaftlich für sie werbe, die Grenzen überwinden und andere zusammenführen, glaube ich, daß jeder verstehen kann, daß die Parole, ich sei gegen die Einheit der Deutschen gewesen, eine schlichte Verleumdung ist. Ich wäre dankbar, wenn es unter den politischen Gegnern ein paar gäbe, die diese Verleumdung zurücknehmen würden.

Eines ist allerdings richtig: Ich hielt und halte es auch heute nicht für verantwortbar, ökonomische und soziale Fehlentscheidungen zu treffen und die Menschen über die schweren sozialen Folgen dieser ökonomischen und finanziellen Fehlentscheidungen in die Irre zu führen. So habe ich damals den Wahlkampf geführt, und so werde ich ihn immer wieder führen: im Zweifel für die Wahrheit und nicht für die Parole, die kurzfristig trägt, aber längerfristig Unheil stiftet.

Mich hat damals, als ich die vielen Arbeitslosen kommen sah, tief verletzt, daß mein Werben dafür, daß man die Folgen, die für die einzelnen Menschen entstehen würden, bedenken solle, so falsch verstanden wurde. Deshalb bin ich besonders dankbar dafür, daß viele Delegierte aus den neuen Ländern zu mir gekommen sind und mir gesagt haben, sie hätten mich unterstützt. Teilweise haben sie mich vorher aufgefordert, für dieses wichtige Amt zu kandidieren.

Deshalb werde ich als erstes, wie ich sagte, in die neuen Länder, nach Sachsen gehen und werde unter anderem meine ganze Arbeitskraft darauf konzentrieren, Entwürfe dafür zu entwickeln, wie man die weitere Deindustrialisierung, durch die die Entwicklung der neuen Länder praktisch stagniert, nicht von der Stelle kommt, vermeiden kann. Dies ist eine große Zukunftsaufgabe, die fünf Jahre nach der deutschen Einheit noch nicht erledigt ist.

Noch immer schreiben die Wirtschaftswissenschaftler – ich zitiere frei –: Angesichts der Relation von Gewinnen und Kostenbelastungen, angesichts der Erträge, die Unternehmen erwirtschaften, und den Belastungen durch Löhne, Sozialausgaben usw. gibt es immer noch keine gesunde ökonomische Entwicklung in den neuen Ländern in der Mehrheit der Betriebe, die auch neue Investitionen zulassen und damit die Modernisierung des Produktionsapparats. Das ist eine große Herausforderung. Genauso wie ich vor den Folgen dieser Entwicklung gewarnt habe, so werde ich jetzt mit Leidenschaft dafür kämpfen, daß die deutsche Politik nicht aus Gründen des Populismus die Menschen jetzt hängenläßt, weil es vielleicht heute weniger populär ist, zu helfen. Das ist dann genauso unredlich, wie es schon 1990 unredlich war, von blühenden Landschaften und von paradiesischer Zukunft zu reden, liebe Genossinnen und Genossen.

Helmut Kohl hat in diesen Tagen wieder Bedeutendes geleistet: Er fuhr nach China.

Das ist ein großer Fortschritt. Ich erinnere mich noch an Kiesinger, der einen ganzen Wahlkampf mit dem Wort „China, China, China" geführt hat. Er sagte ununterbrochen „China", um die gewaltige dämonische Bedrohung zu beschwören und unsere Leichtfertigkeit zu demonstrieren. Heute ist Helmut Kohl in China.

Dort hat er Generäle begrüßt. Es gab auch ein paar Verträge, mit denen er zwar nichts zu tun hat; aber er hat dabeigesessen, als sie unterzeichnet wurden. Das Kanzleramt hat die Regie wieder klug eingefädelt. Er wollte uns die Show stehlen. Ich glaube, wir dürfen in aller Bescheidenheit sagen, daß auch die Bäume des Helmut Kohl nicht in den Himmel wachsen.

Ich lade unsere Anhängerinnen und Anhänger, unsere ganze Anhängerschaft, und natürlich im besonderen unsere Mitgliedschaft ein, diesen personellen Neubeginn, den wir mehr gemeinsam verabredet als kontrovers ausgetragen haben – ich wiederhole das noch einmal –, zu unterstützen. Ich habe einiges dazu gesagt. Ich freue mich, daß beispielsweise mein Geschäftsführer von der Saar heute gekommen ist und mir gesagt hat, daß Neueintritte in größerer Zahl gemeldet worden sind. Wir sind eine Mitgliederpartei. Wir müssen eine Mitgliederpartei bleiben. Wir müssen möglichst viele Menschen für unsere Politik begeistern und gewinnen; denn nur die Begeisterung der eigenen Anhängerschaft trägt uns zum Erfolg, den wir suchen und den wir brauchen, endlich brauchen beim nächsten Mal.

Besonders möchte ich im Schlußwort die Kulturschaffenden unseres Landes ansprechen. Ich weiß um die besondere Bedeutung der Kulturschaffenden eines Landes für seine soziale, für seine gesellschaftliche Entwicklung. Ich rufe sie auf, zu uns zu kommen und mit uns zusammenzuarbeiten. Das ist keine Vereinnahmung. Eine solche Form der Ansprache wäre gegenüber diesem Personenkreis nicht angemessen. Aber ich erinnere mich an die Zeiten, als es selbstverständlich war, daß die großen Schriftsteller dieser Republik und die großen Künstler dieser Republik mit Willy Brandt Abende zusammensaßen und über Politik diskutierten zur Einflußnahme auf unsere Politik. Ich möchte, daß diese Zeiten wiederkommen. Ich lade die Kulturschaffenden ausdrücklich ein, sich kritisch in die Gesellschaft und in die Arbeit unserer Partei einzumischen.

Ich schließe mit einem Wort an unsere demokratischen Parteien, an unsere Wettbewerber im politischen Meinungskampf, die wir nicht als persönliche Feinde oder Gegner ansprechen, sondern zunächst als Mitstreiter in unserer Demokratie, die aber unsere Wettbewerber um die besseren Ideen und besseren Konzepte für unsere Gesellschaft sind: Wir werden versuchen, die Auseinandersetzungen fair zu führen. An die CDU/CSU – an die F.D.P. nicht, aus Gründen, die jeder verstehen wird – sage ich: In den letzten Monaten mußten wir euer Lächeln ertragen. Wir wußten, ihr habt Gründe, über Fehler, die wir selbst gemacht haben, zu lächeln. Was uns wehgetan hat und sicherlich auch von den Wählerinnen und Wählern irgendwann quittiert wird, war manchmal ein unerträglicher Hochmut, der nicht nur die Unionsparteien erfaßt hatte, sondern – ich sage das angesichts der Stempel, die ich trage – auch Teile der Partei der Grünen. Ich habe dies aufmerksam registriert und sage jetzt zum Schluß: Wir fangen neu an. Freunde, Mitstreiter im demokratischen Wettbewerb, zieht euch warm an! Wir kommen wieder.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn
Druck: Courir-Druck GmbH, Bonn 12-95-A1-15 Bestell-Nr.: 200 038 4

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen 100 % Recycling-Papier